



China – Report

August 2021

1) Huawei Umsatz bricht im 2. Quartal 2021 um fast 40 Prozent ein

Chinas Huawei Technologies Co. hat für das 2. Quartal einen Umsatzrückgang von 38 Prozent bekanntgegeben. Das ist in erster Linie das Ergebnis anhaltender US-Sanktionen und bedeutet für den chinesischen Hersteller von Telekommunikationstechnologie bereits den dritten Rückgang des Quartalsergebnisses in Folge.

Die Smartphone-Verkäufe von Huawei, einst ein Hauptumsatztreiber des Unternehmens, sind dramatisch gesunken seit die Trump-Administration im vergangenen Jahr erste Beschränkungen verhängt hat, die Huawei daran hinderten, die fortschrittlichsten Halbleiter zu kaufen. Auch die Einnahmen aus dem Verkauf von Telekommunikationsinfrastruktur sind zurückgegangen, seit die US-Kampagne verbündete Länder unter Druck gesetzt hat, das chinesische Unternehmen als Lieferant von 5G-Geräten zu blockieren.

Der Umsatz im zweiten Quartal fiel auf 168,2 Mrd. USD, womit sich die Entwicklung gegenüber einem Umsatzrückgang von 16,5 Prozent im ersten Quartal und einem Rückgang von 11,2 Prozent im vierten Quartal 2020 noch einmal deutlich beschleunigte.

Das Unternehmen in Privatbesitz erstellt alle drei Monate eine finanzielle Momentaufnahme. Es gab keine Gewinne für den Zeitraum bekannt, sagte jedoch, dass seine Nettogewinnmarge im ersten Halbjahr auf 9,8 Prozent gestiegen ist (gegenüber 9,2 Prozent im Vorjahr). Eric Xu, der stellvertretende Vorsitzende von Huawei, sagte: „Wir haben uns unsere strategischen Ziele für die nächsten fünf Jahre gesetzt. Unser Ziel ist es, zu überleben und dies nachhaltig zu tun.“ Das Smartphone-Geschäft des Unternehmens sei durch "externe Faktoren" beschädigt worden. Xu ging jedoch davon aus, dass die auf Telekommunikationsunternehmen und große Unternehmen ausgerichteten Geschäftsbereiche stetig wachsen werden. **Analysten sagten, dass sich der Verkauf der Telekommunikationsausrüstung des Unternehmens im Laufe des Jahres verbessern könnte, da China die Einführung seines 5G-Netzwerks beschleunigt, wobei Huawei wahrscheinlich einen großen Teil der Arbeit übernehmen wird.**

2) Xi benennt Ziel der chinesischen Staatsregierung: Gemeinsamer Wohlstand

Chinas Präsident Xi Jinping hat während eines Treffens des Zentralen Finanz- und Wirtschaftskomitees der Kommunistischen Partei ein Schlagwort geprägt, welches in der Begründung politischer Handlungen der Staatsregierung Chinas in Zukunft wohl noch häufiger zu hören sein wird: der [gemeinsame Wohlstand](#).

Ziel ist es demnach, dass die gesamte Bevölkerung Chinas an der Wirtschaftsentwicklung teilhaben kann. Der Begriff selbst wurde bereits von Deng Xiaoping in den 1980ern verwendet. Der gemeinsame Wohlstand war auch damals schon das Ziel, später geriet der Begriff aber wieder aus der Mode. Mit seiner Rede während des Treffens hat Xi den Begriff jetzt mit neuem Leben gefüllt.

Während des Treffens wiederholte der Präsident laut dem inzwischen bekannt gewordenen Protokoll, dass der Staat noch immer einigen Menschen erlauben könne, früher als andere reich zu werden. Gleichzeitig müsse der Staat aber auch für eine gerechte Einkommensverteilung sorgen. Die Staatsführung solle auch weiterhin unternehmerische Tätigkeiten gestatten, müsse aber gleichzeitig die sozialen Sicherungssysteme stärken. Der gemeinsame Wohlstand sei eine Orientierungshilfe zwischen wirtschaftlicher Effizienz und Fairness. Xi warnte aber, dass dies eine lange und komplizierte Aufgabe sei.



China – Report

August 2021

Politikbeobachter messen der Rede eine größere Bedeutung zu, als die Hervorhebung eines alten Begriffs vermuten lassen könnte. Nicht nur die Verwendung des Begriffs durch den höchsten Amtsinhaber, sondern auch der Zeitpunkt – direkt nachdem die gesamte Staatsführung zwei Wochen lang zu einem Treffen im Badeort Beidahe von der Bildfläche verschwunden war – lassen Beobachter aufhorchen.

Während des Treffens wurden politische Maßnahmen diskutiert, mit denen soziale Sicherungssysteme ausgeweitet, die Einkommen Geringverdienender angehoben und „illegitim hohe Verdienstmöglichkeiten“ begrenzt werden sollen. Konkrete Maßnahmen wurden zwar nicht beschlossen, doch könnten die geäußerten Begriffe bald die Grundlage neuer politischer Initiativen bilden. Xiong Yuan, Chief Macro Analyst bei Guosheng Securities, vermutet, dass die Regierung bald individuelle Einkommenssteuern senken und die Steuern für Vermögende anheben könnte - zum Beispiel durch die Einführung von Immobilien- und Erbschaftssteuern.

3) IfW-Kiel: Wirtschaftliche Autonomie könnte EU hohe Kosten bescheren

Die Autoren der Studie „[Decoupling Europe](#)“ haben simuliert, welche Folgen es hätte, wenn die EU Handelsbarrieren – abseits von neuen Zöllen – verdoppeln würde, um die heimische Produktion zu fördern. Das könnte zum Beispiel durch eine bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge, Steuervorteile oder andere Subventionen für EU-Anbieter geschehen oder durch Importquoten oder -verbote für ausgewählte Güter. Das Ergebnis: Würde die EU einseitig solche Schritte ergreifen, um sich vom Rest der Welt zu entkoppeln, würde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jedes Jahr verglichen zum Basisjahr 2019 preisbereinigt rund 580 Mrd. Euro oder 3,5 Prozent geringer ausfallen als ohne diese Eingriffe. Würden sich Europas Handelspartner wehren und im Gegenzug vergleichbare Maßnahmen einleiten, wüchse der Verlust auf rund 870 Mrd. Euro oder 5,3 Prozent des BIP.

Eine Abkopplung der EU ist besonders mit Blick auf den strategischen Rivalen China in der Diskussion. Würde die EU einseitig ihre Handelsbarrieren gegenüber China verdoppeln, **würde das 130 Mrd. Euro (0,8 % des BIP) kosten** – bei vergleichbaren Gegenmaßnahmen Chinas wüchsen die Kosten auf 170 Mrd. Euro (1 % des BIP).

„Würde sich die EU auch nur teilweise von internationalen Lieferketten abkoppeln, würde das den Lebensstandard der Menschen sowohl in der EU als auch bei ihren Handelspartnern deutlich verschlechtern. Neue Handelsbarrieren sollten deshalb unbedingt vermieden werden“, sagt [Alexander Sandkamp](#), einer der Autoren der Studie. „Die angeblichen Vorteile einer größeren Autonomie oder Souveränität sind schwer zu beziffern und könnten sogar illusorisch sein.“

Deutschland wäre als international und wirtschaftlich besonders stark vernetztes Land härter als viele andere EU-Länder betroffen: Rund ein Fünftel der Kosten der gesamten EU würde Deutschland tragen, sofern sich die EU einseitig vom Ausland entkoppelt – das entspricht rund 115 Mrd. Euro oder 3,3 Prozent des deutschen BIP. Bei einer einseitigen Entkoppelung von China würde Deutschland sogar rund ein Viertel der Lasten (32 Mrd. Euro, 0,9 % BIP) tragen. Ein eskalierender Handelskrieg mit China könnte diese Kosten noch einmal um 50 Prozent steigen lassen.

„Ein Abkoppeln der EU von internationalen Zulieferern würde auch die Preise für Zwischengüter steigen lassen. Das überträgt sich entlang der Lieferketten in höhere Preise sowohl für innerhalb der EU konsumierte Güter als auch für EU-Exporte, die dann wiederum Güter in anderen Ländern verteuern. Die Ergebnisse zeigen die



China – Report

August 2021

Bedeutung globaler Lieferketten und die ungewollten Nebeneffekte, die eine Autonomiepolitik der EU haben könnte“, sagt Sandkamp. Zum Beispiel würden Nicht-EU-Länder wie die Schweiz und Norwegen in einigen Szenarien besonders stark betroffen sein, weil ihr Handel stark mit der EU verflochten ist.

Von einer einseitigen Abkoppelung von China würden einige Branchen in der EU durchaus profitieren – etwa der Groß- und Einzelhandel, der Bausektor oder der Maschinen- und Anlagenbau. Andere Sektoren – vor allem der Fahrzeugbau – würden Wertschöpfung verlieren. Bei einem zweiseitigen Handelskrieg mit China wäre das Ergebnis über alle Branchen hinweg negativ.

China ist seit Jahren Deutschlands größter Handelspartner außerhalb der EU. Vor allem die großen deutschen Unternehmen setzen auf das China-Geschäft. Die 30 größten börsennotierten Unternehmen in Deutschland erzielten in den vergangenen Jahren im Schnitt 15 Prozent ihrer Umsätze in der Volksrepublik. Die deutschen Autohersteller erwirtschaften sogar mehr als 20 Prozent ihrer Erlöse in China.

4) Schließung von Terminals in Containerhafen Ningbo-Zhoushan sorgt für Lieferunterbrechungen

Nach der Entdeckung einer Corona-Infektion bei einem Arbeiter wurde im Containerhafen von Ningbo-Zhoushan in der chinesischen Provinz Zhejiang - gemessen an seiner Cargo-Tonnage der größte Containerhafen der Welt - am 11. August [ein komplettes Terminal geschlossen](#). Die Behörden riegelten das Meishan-Terminal, über das in normalen Zeiten 20 Prozent der Transporte laufen, und die damit verbundenen Lagerhäuser ab, ließen aber den restlichen Hafen geöffnet.

Analysten sind sich noch uneinig, welche Folgen die Schließung des Terminals für den Warenverkehr haben wird. Die für das Meishan-Terminal vorgesehenen Lieferungen sollten die anderen Terminals anlaufen, jedoch führte die Sperrung zunächst zu Schiffswartezeiten von mehreren Tagen. Lars Jensen, CEO der Consultingagentur Vespucci Maritime, sagte, dass die Schließung des Meishan-Terminals ähnliche Folgen wie die dreiwöchige Schließung des Yantian-Hafens in Shenzhen im Mai und Juni haben könnte. Der Hafen von Yantian wurde ebenfalls im Anschluss an die Entdeckung von Corona-Infektionen bei Dockarbeitern abgeriegelt, was zu weltweit spürbaren Lieferverzögerungen führte. Die Staus am Yantian-Hafen sind noch immer nicht vollständig abgebaut.

Andere Stimmen hingegen sagen, dass die [Auswirkungen der Schließung des Meishan-Terminals geringer](#) als die des Yantianhafens ausfallen dürften. Akhil Nair, Vizepräsident bei Seko Logistics, sieht es als ein gutes Zeichen an, das sich in Ningbo-Zhoushan noch keine längeren Schlangen von LKWs aufgestaut haben. Als Yantian geschlossen wurde, hätte es sofort solche LKW-Schlangen an den anderen Terminals gegeben. Nair vermutet, dass die Hafenbehörden aus dem Fall von Yantian gelernt hätten und die Schließung nun besser koordinieren würden.

Viel hängt allerdings davon ab, wie lange die Schließung des Meishan-Terminals anhalten wird. Falls das Terminal bis Ende August wieder öffnen kann, wird Seco nur marginale Verspätungen haben, sagte Nair. Die Behörden allerdings haben noch kein Datum für die Wiedereröffnung genannt. Nach der Entdeckung der Corona-Infektion bei dem Arbeiter am Meishan-Terminal wurde das gesamte Personal des Terminals dreimal auf Corona getestet.



China – Report

August 2021

5) Taiwans Halbleiterhersteller TSMC plant Produktionsstandort in Deutschland

Der taiwanische Chiphersteller Taiwan Semiconductor Manufacturing Co. (TSMC), denkt offiziell über einen Produktionsstandort in Deutschland nach. **„Wir prüfen Deutschland ernsthaft“, sagte Konzernchef Mark Liu zu Beginn der Woche auf der Hauptversammlung in Taipeh.** Nach Lius Angaben befinde sich der Prozess noch in einer Phase, in der TSMC mit Kunden in Deutschland darüber berät. Im Fokus steht dabei auch das Thema lokale Produktion, da TSMC der weltgrößte Auftragschiphersteller ist.

Durch die Corona-Pandemie ist der weltweite Mangel an Computerchips deutlich geworden, zuletzt vor allem bei den deutschen Autobauern, die teils auch durch Lieferketten-Probleme wochenlang auf Chips aus Asien warten mussten und so ihre Produktion zurückfahren mussten. Ihre Mitarbeiter wurden in Kurzarbeit geschickt.

Im Bundesstaat Arizona investiert TSMC zwölf Milliarden US-Dollar in eine Fabrik und plant zudem in Japan in einen Produktionsstandort zu investieren. TSMC hatte zuletzt angekündigt, die Mehrkosten auf die Kunden umzuverteilen. Nur so könne das Unternehmen die Investitionen erhöhen, um mit einem „strukturellen und fundamentalen Anstieg“ der **Chipnachfrage** fertig zu werden, hieß es damals in einem Brief von Vorstandschef C.C. Wei.

Pekings Führung hat in den vergangenen Monaten sechs Milliarden US-Dollar in den Bereich investiert, um dem Chipmangel im Land etwas entgegenzusetzen. Dabei stammte das Geld häufig direkt von staatlichen Quellen.

Die Volksrepublik produziert derzeit weniger als 20 Prozent der benötigten Halbleiter im eigenen Land. Das Land **importierte im vergangenen Jahr Chips im Wert von 350 Milliarden US-Dollar.** Somit bezahlte China mehr für Halbleiter als für Erdöl-Importe. Gleichzeitig hat der Staat seit 2014 über 50 Milliarden US-Dollar für die Entwicklung eigener Halbleiter bereitgestellt.

TSMC wird dieses Jahr voraussichtlich 30 Milliarden US-Dollar investieren, nachdem in den vergangenen fünf Jahren pro Jahr im Durchschnitt 12,8 Milliarden US-Dollar investiert worden sind.

6) Chinesische Staatsmedien verteidigen Vorgehen gegen Big-Tech-Unternehmen an Börsen als „notwendige Kosten“

Das [scharfe Vorgehen von Chinas Finanzregulierungsbehörden gegen die IT-Unternehmen des eigenen Landes sei notwendig](#), argumentiert ein Leitartikel der staatlichen chinesischen Zeitung Economic Daily. Die dadurch entstandenen Wertverluste, welche sich nach Berechnungen der SCMP bisher auf 1,5 Billionen US-Dollar summieren, seien kurzfristige Kosten, welche getragen werden müssten, um das langfristig gesunde Wachstum der Branche zu gewährleisten.

Vermutlich als Versuch gedacht, die Befürchtungen von Investoren wegen der schwankenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen Pekings zu zerstreuen, argumentiert der Artikel, dass die Maßnahmen der Regulierungsbehörden darauf abzielen, „faire und vernünftige Wettbewerbsbedingungen“ zu erhalten. Die Maßnahmen seien Teil der „normalen Marktregulierung“. Sie würden die Digitalwirtschaft nicht ausbremsen, sondern seien ein Zeichen für den Willen Chinas, diesen Sektor weiter zu entwickeln. China werde auch weiterhin eine Führungsposition in der globalen Digitalwirtschaft besetzen, meint der Kommentator der Staatszeitung.



China – Report

August 2021

Hintergrund sind die massiven Eingriffe der chinesischen Regulierungsbehörden gegen IT- und BigTech-Unternehmen seit letztem Jahr. In mehreren Aktionen haben die Behörden die IPOs verschiedenerer Unternehmen verhindert, Monopolstrafen verhängt und Cybersicherheitskontrollen kurz nach erfolgreichen Listings durchgeführt. Meist wurden die Eingriffe ohne vorherige Ankündigungen durchgeführt.

Die Folgen für den Börsenwert der betroffenen Unternehmen waren gravierend. Tencent hat gegenüber den Spitzenwerten vom Januar 45 Prozent an Wert verloren. Die Aktien von Alibaba büßten gegenüber ihrer Spitze im Oktober um die Hälfte ein und auch der Essenslieferant Meituan verlor die Hälfte seines Wertes. Die Videoplattform Kuaishou wird inzwischen nur noch für ein Fünftel des Wertes beim IPO in Hongkong im Februar gehandelt.

Der Artikel in der Economic Daily ist nicht der erste Versuch der staatlichen Medien Chinas, die Bedenken von Investoren zu beruhigen. Im Juli schrieb die Nachrichtenagentur Xinhua, dass die chinesische Staatsführung auch weiterhin offen gegenüber den IPOs chinesischer Unternehmen an Börsen im Ausland sei und diese unterstütze.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.